



KPÖ informiert:

www.kpoe-steiermark.at

Volksstimme-Landtagsinfoblatt – Juni 2010

Landtagsinformation aus erster Hand

Sitzung vom 18.5.2010



Mindestsicherung ist Rückschritt in der Sozialgesetzgebung

Dringliche Anfrage der KPÖ am 18. Mai im Landtag

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Die Gewinne von Spekulanten und Managerboni werden nicht angetastet, dafür soll das Landesbudget auf Kosten der sozial Schwächsten saniert werden.“

Seit Jahren wird nun schon von der Einführung einer Mindestsicherung in Österreich gesprochen. Laut Ex-Sozialminister Buchinger sollte damit die Armut in Österreich vermindert und eine bundesweit einheitliche Mindestsicherung eingeführt werden. Die Höhe sollte sich am Ausgleichszulagenrichtsatz (das „Existenzminimum“) orientieren, die Auszahlung sollte 14 Mal jährlich erfolgen. Auch die Verwaltung hätte vereinfacht werden sollen.

Was ist übrig geblieben von der viel gepriesenen Mindestsicherung? Teilweise ist sie viel

geringer als die derzeit geltende Sozialhilfe. Auch das viel zitierte „Verschlechterungsverbot“ ist im Gesetz nicht verankert. **Die Mindestsicherung stellt für einen großen Personenkreis keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung gegenüber der jetzigen Sozialhilfe dar. Besonders betroffen sind Alleinerzieherinnen und kinderreiche Familien.** Dies bestätigen auch die Stellungnahmen von Einrichtungen wie Kinder- und Jugendanwaltschaft, Caritas, Interact usw.

Das liegt einerseits daran, dass die Kinderrichtsätze zu niedrig sind. Derzeit beträgt der Richtsatz für ein Kind € 169,-, in Zukunft 19 % des Ausgleichszulagenrichtsatz für die ersten 4 Kinder (das sind € 141,36) und 23 % ab dem fünften Kind (das sind € 171,12). Um keine Verschlechterung beim Kinderricht-

satz zu haben, müssten 22,6 % ab dem 1. Kind gewährt werden. Andererseits wird auf die Höhe der Miete nicht mehr individuell eingegangen, wie das derzeit im Sozialhilfegesetz der Fall ist. In den Mindestsicherungsrichtsätzen sind 25 % für die Miete vorgesehen.

Das AMS wird künftig Anträge annehmen und ohne Prüfung auf Vollständigkeit an die zuständigen Stellen des Landes weiterleiten. Dies bedeutet zusätzliche bürokratische Schritte und Verzögerungen.

Alleinerzieherin verliert 127 Euro pro Monat

Die KPÖ hat für mehrere Personen, errechnet, was sie von der Mindestsicherung zu erwarten haben. Eine Alleinerzieherin mit 2 Kindern etwa verliert nach Einführung der Mindestsicherung monatlich 127,28 Euro. Zwei Gewaltopfer, die ihre Wohnung verlassen mussten und nun in einer Wohngemeinschaft leben, verlieren 157 Euro monatlich.

Um Klarheit zu bekommen, was die Landesregierung zu diesen Problemen sagt, richtete KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler am 18. Mai 2010 eine Dringliche Anfrage an den zuständigen Landesrat, LH-Stellvertreter Siegfried Schrittwieser, dem sie auch weitere Verhandlungen über die



LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „Mindestsicherung“ verstärkt die Armut im Land

Reparatur des verunglückten Gesetzesentwurfes anbot.

Die KPÖ hat Soziallandesrat Schrittwieser weitere Verhandlungen angeboten, um das Gesetz so zu gestalten, dass Verschlechterungen ausgeschlossen werden können. Wie die Medien aber am 20. Mai berichteten, haben SPÖ und ÖVP ohnehin bereits einen Kompromiss ausverhandelt, der für die Ärmsten im Land weitere Einschnitte bringen wird. Claudia Klimt-Weithaler: *„Mit Unterstützung der ÖVP führt die SPÖ nun einen Feldzug gegen den Sozialstaat durch, geschmückt mit falschen Versprechungen. Wenn es um die riesigen Vermögen der Spekulanten geht, die auf Kosten der Bevölkerung Milliarden angehäuft haben, fällt ihr aber nicht viel ein.“*



Macht den Spekulanten Feuer **KPÖ** wirkt

26. September: Feuerzeug und „echtroter“ Nagellack anfordern unter 877 / 51 02

KPÖ Liste 3 **echtrot**

CK

Claudia Klimt-Weithaler

Banken und Regierungen haben das alte Europa heruntergewirtschaftet Wir sollen für ihre Krise brennen

750 Milliarden Euro für Banken und Versicherungen – Belastungen und Lohnkürzungen für die große Mehrheit der Bevölkerung: Das ist die Wahrheit hinter den großen Reden von der „Rettung Europas“.

Das sind die Tatsachen:

Die Krise ist nicht aus dem heiteren Himmel gekommen. Sie ist eine Folge des Aufbaus der EU und der Konstruktion des Euro. Einen Kapitalismus ohne Krisen gibt es nicht.

Während die Euro-Regierungschefs tatenlos zuschauen, wie Arbeitsplätze vernichtet und hunderttausende Menschen um ihre Lebensperspektiven gebracht werden, handelt man blitzschnell, wenn die Börse um Hilfe schreit. Es geht beim beschlossenen 750-Milliarden-Euro-Paket nicht um die Rettung des Euro vor den Spekulanten, sondern darum, die Kosten der Krise zur Gänze auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen.

Zuerst haben die Staaten den Banken Milliarden gegeben, um sie vor dem Kollaps zu retten. Jetzt spekulieren Banken, Versicherungen und Pensionsfonds gegen die Staaten, die sich deshalb verschuldet haben. Der Euro dient nur den Interessen des Finanzkapitals.

Demokratie?

In einer Nacht hat die EU deshalb ihre eigenen Regeln außer Kraft gesetzt. Sie stützt sich auf zwei Notstands- und Ermächtigungsparagraphen, die im Lissabonner Vertrag versteckt sind (Artikel 122 und 136). Was hat man aber vor dem Beschluss über diesen Vertrag gesagt? Er würde mehr Demokratie bringen. Beim Geld hört der Spaß auf. Da entscheiden die Milliardäre blitzschnell über die Interessen von Millionen Menschen.

Sozialabbau

Sie reden von Gerechtigkeit. In Wirklichkeit geht es ihnen nur um eines: Wie können die Profite der Finanzkonzerne und der Banken abgesichert werden? Deshalb fordern sie jetzt Lohnkürzungen, Sozialabbau und noch mehr Privatisierungen.

Sie sagen: „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“ und meinen nicht sich selbst, sondern uns.

Dabei tut die Regierung so, als ob es bisher keinen Sozialabbau gegeben hätte. Die arbeitenden Menschen und die Pensionisten haben aber bereits in den letzten Jahren zahlreiche Opfer gebracht, zuerst – wie gesagt wurde – um die Krise zu vermeiden, dann, um für die Krise zu bezahlen und jetzt, um die Krise angeblich zu überwinden.

GRATIS weißer als weiß

Millionärs-STEUER

4 in 1

TRIFFT nur die Allerreichsten (2%)
SCHAFST Arbeit und Wohlstand
SCHÜTZT gegen Belastungspakete
HILFT die Löcher im Budget zu stopfen

KPÖ

Dieses Produkt kann Ihr Leben verändern!

<http://www.miljonairstaks.be/>

Gleichzeitig gibt es weiterhin Tag für Tag Milliardengewinne an den Finanzmärkten – und zwar ohne Kontrollen: Über Regeln für Hedgefonds und eine Kapitalverkehrssteuer wird nur geredet, um die Leute zu beruhigen. Es wird verschwiegen, dass engste Vertrauensleute der herrschenden Parteien zu den Spekulanten gehören, die öffentlich angeprangert werden.

Claudia Klimt-Weithaler: „Die Bevölkerung hat weder in Österreich noch in Griechenland etwas vom Hilfspaket für Banken und Spekulanten. Mit 750 Milliarden wird ein bankrott System am Leben erhalten. Mit gewaltigen neuen Schulden alte Schulden zu begleichen, ist eine sehr armselige Politik.“

Das fordert die KPÖ:

Die steirische KPÖ fordert stattdessen als Schutzmaßnahme für die Bevölkerung die sofortige Vergesellschaftung des gesamten Banken- und Versicherungssystems in Österreich unter demokratischer Kontrolle.

Halbherzige Maßnahmen helfen nicht mehr weiter.

Wir verlangen die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen, eine gesetzliche Beschränkung spekulativer Finanzgeschäfte, das Verbot von Hedgefonds und die Einhebung einer Finanztransaktionssteuer.

KPÖ, Tel. 0316 / 877 51 04,
Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz

www.kpoe-steiermark.at

KPÖ
wirkt

Wie wollen wir Pflege?



Unser Ziel: Altern in Würde und keine Ausbeutung der Beschäftigten

Vorschläge der steirischen KPÖ zum Pflegenotstand



Die steirische KPÖ hat einen Forderungskatalog zum Thema Pflege erstellt. Wir laden Sie ein, mitzudiskutieren, sich mit unseren Verbesserungsvorschlägen zu beschäftigen. Wir senden Ihnen die Broschüre „Wie wollen wir Pflege?“ gerne kostenlos zu.

Bestellungen bei:

Landtagsklub der KPÖ, Herrengasse 16, 8010 Graz
E-Mail: ltk-kpoe@stmk.gv.at
Tel. (0316) 877-5102
Fax (0316) 877-5108

Landtag: Rot-schwarz-grüne Mauer zur Absicherung von Politikerprivilegien

KPÖ-Klubobfrau Klimt-Weithaler: „PolitikerInnen entfernen sich immer weiter von Bevölkerung“

Die KPÖ fordert seit Jahren, dass die Mitglieder der Landesregierung und des Landtages einen wirksamen Beitrag gegen das Auseinanderklaffen der Einkommensschere leisten müssen. Konkret will die KPÖ die Politikereinkommen um ein Drittel senken. Alle diesbezüglichen Anträge wurden von allen anderen Parteien abgelehnt.

Da LH Voves in den letzten Tagen Sparpakete angedroht hat,



Schwarz-Rot-Grün: Die „Afghanistan-Koalition“ zur Verteidigung der Spitzeneinkommen heimischer Politikerinnen und Politikern im steirischen Landtag.

brachte KPÖ-Klubobfrau erneut den Vorschlag ein, die Polit-Einkommen durch Koppelung an das Existenzminimum um ca. 30 Prozent zu senken. Gleichzeitig auch würde eine solche Bezügelbegrenzung auch für GeschäftsführerInnen von Gesellschaften im Einflussbereich des Landes mit sich bringen.

Claudia Klimt-Weithaler: „Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und drastische Einkommenseinbußen bestimmen den Alltag von immer mehr Steirerinnen und Steirern. Die PolitikerInnen sind davon nicht betroffen. Dadurch wird sich die Einkommensdifferenz zwischen den PolitikerInnen und der restlichen Bevölkerung weiter vergrößern.“

Eine Koppelung der Politi-

kerbezüge an den Ausgleichszulagenrichtsatz für PensionistInnen (entspricht dem „Existenzminimum“) würde aus Sicht der KPÖ eine sinnvolle Verknüpfung mit den sozial Schwächsten herstellen. Wenn der höchste Polit-Bezug in der Steiermark, der des Landeshauptmannes, das Fünfzehnfache des Ausgleichszulagenrichtsatzes betragen würde, so wären das immer noch ca. 11.200 Euro. Selbstverständlich müssten alle Bezüge entsprechend der Gehaltspyramide gekürzt werden. Dies würde eine Einsparung in diesem Topf des öffentlichen Haushalts von zirka 30 Prozent bedeuten.

In der Landtagssitzung am 18. Mai stimmten erneut alle Parteien gegen den KPÖ-Vorschlag.



Sparpakete, sinkende Einkommen, steigende Preise: Bei sich selbst wollen SPÖ, ÖVP und Grüne aber nicht sparen



Sozialhilferechner

Steiermark 

Haben Sie Anspruch auf Sozialhilfe? Überprüfen Sie Ihre Ansprüche mit dem neuen Sozialhilferechner der KPÖ unter <http://www.sozialhilferechner.at>

Landtag gegen Preisexplosion beim Steirischen Verkehrsverbund

KPÖ-LAbg. Ernest Kaltenegger gegen erneute Erhöhung der Fahrpreise ab 1. Juli 2010

Der Steirische Verkehrsverbund hat für 1. Juli wieder Tarifierhöhungen angekündigt, und das, obwohl die Fahrpreise in der jüngeren Vergangenheit immer wieder kräftig erhöht wurden.

Vergleicht man die aktuellen Verbund-Preise mit jenen von 1999, muss man feststellen, dass die Preise rund um rund ein Drittel gestiegen sind, bei den Monats- und Wochenkarten sogar um 39,9 Prozent bzw. 46,2

Prozent. Das kritisierte KPÖ-LAbg. Ernest Kaltenegger in der Landtagssitzung vom 18. Mai. In einem Entschließungsantrag forderte der KPÖ-Mandatar die Landesregierung auf, durch Verhandlungen mit dem Verkehrsverbund und die Bereitstellung ausreichender Mittel zu veranlassen, dass

1. die geplante Erhöhung der Verbund-Tarife per 1. Juli nicht in Kraft tritt;
2. an Tagen mit erhöhter Fein-

staubbelastung die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos ist und

3. in Zukunft Tarifierhöhungen des Steirischen Verkehrsverbundes maximal in Höhe der Verbraucherpreissteigerung erfolgen.

Der KPÖ-Antrag erhielt auch die Zustimmung der SPÖ und der Grünen und wurde somit mehrheitlich angenommen.

Der Verbund hält aber weiterhin an der Preiserhöhung fest.



KPÖ-LAbg. Ernest Kaltenegger

Ernest Kaltenegger befürchtet, dass der Öffentliche Verkehr auf diese Weise nicht so attraktiv gemacht wird, wie es eigentlich selbstverständlich sein sollte.

Situation pflegender Angehöriger muss dringend verbessert werden!

Renate Pacher im steirischen Landtag: „Es muss um die Interessen der pflegebedürftigen Menschen gehen – und nicht uns Geschäft.“

Es sind vor allem die Frauen, die unter großem persönlichem und finanziellem Aufwand ihre Angehörigen pflegen. Dafür müssen sie oft ihren Beruf aufgeben, ihre sozialen Kontakte einschränken, auf Freizeit verzichten. Oft leiden sie an Schlafmangel und vernachlässigen die eigene Gesundheit. Diese außerordentlichen Leistungen ersparen der öffentlichen Hand viel Geld. Es ist die Verpflichtung der öffentlichen Hand, die Situation der pflegenden Angehörigen zu verbessern.

Wichtig sind eine automatische jährliche Erhöhung des Pflegegeldes sowie der Erwerb von Versicherungs- und Pensionszeiten in der Zeit der Pflege, außerdem

- die Ausweitung der Pflegekarenz
- eine Verbesserung der Informations- und Anlaufstellen für pflegende Angehörige
- Ausbau der Pflegekapazitäten zur kurzfristigen Betreuung.
- Wiedereinstiegshilfen und eine

finanzielle Unterstützung zum Wiedereinstieg in den Beruf nach Beendigung der Pflege

Die Qualifikation der PflegeplatzbetreiberInnen senken zu wollen, wie es die ÖVP fordert, halten wir hingegen für fahrlässig gegenüber pflegebedürftigen Menschen. Immerhin geht es hier um Menschen, die nahezu hilf- und wehrlos sind.

Menschenwürdige Pflege ist ein Menschenrecht. Und die Pfinglinge haben das Recht auf gut ausgebildete Fachkräfte. Wir wissen aus den Berichten der Pflegeombudschaft, welche gravierenden Mängel es in der Kontrolle gibt.

Die KPÖ ist schon seit längerer Zeit mit dem Thema Pflege befasst und hat ihre Vorschläge in einer Broschüre zusammengefasst. Zu all diesen Fragen hat die KPÖ bereits Anträge eingebracht, einige davon sind auch angenommen worden. Es geht nun darum, diese Anträge mit Leben zu erfüllen. Beschlossen wurde z.B. unser Antrag, dass die Kontrolle in den Heimen mindestens einmal im Quartal eines Jahres, davon mindesten einmal in der Nacht und einmal

am Wochenende, stattfinden soll. Beschlossen wurde auch unser Antrag, dass die Landesregierung dafür Sorge tragen soll, dass die Entlohnung des Pflegepersonals zumindest dem BAGS-Kollektivvertrag entspricht.

Auf den wichtigsten KPÖ-Antrag, den der Landtag angenommen hat will ich noch einmal besonders eingehen. Wir sind der Meinung, entscheidend für die Zukunft der Pflege in der Steiermark ist auch die Frage, wer die Pflegeleistungen anbieten wird. Es geht darum, ob die Pflege, wie es bis jetzt in der Steiermark immer mehr der Fall ist, zum Markt für gewinnorientierte, private Betreiber wird, oder ob die öffentliche Hand und gemeinnützige Organisationen die Pflegeleistungen anbieten. Wir sind der Meinung, privates Gewinnstreben hat in der Pflege nichts verloren. Es muss um die Interessen der pflegebedürftigen Menschen gehen – und nicht um Geschäft.

Deshalb haben wir einen wichtigen Antrag gestellt, der ebenfalls beschlossen wurde. Beschlossen wurde, dass die Landesregierung ehest möglich ein Konzept vorlegen soll, öffentliche



KPÖ-LABg. Renate Pacher

Mittel für die Unterbringung in einer stationären Pflegeeinrichtung mittelfristig auf öffentliche und gemeinnützige Heimträger zu beschränken. Damit kann in Zukunft ausgeschlossen werden, dass öffentliche Gelder zur Subventionierung privater Gewinne verwendet werden.

Beschlossen wurde auch, die Kosten der stationären Pflege auf einen kostendeckenden Tagsatz zu beschränken und Gewinnmargen und Management-Entgelte zu streichen. Denn leider gibt es in der Steiermark deutlich mehr private, gewinnorientierte Heime als in anderen Bundesländer. Ich hoffe im Interesse aller pflegebedürftigen Menschen, dass der Soziallandesrat schon intensiv an der Umsetzung arbeitet.

Platz für Adressaufkleber
Österreichische Post AG / Sponsoring Post • BenachrichtigungsPA
8020 Graz VNr. 07Z037205

Landtagswahl 26. September 2010

**zuhören
helfen
umsetzen**

KPÖ
wirkt

Claudia Klimt-Weithaler, Liste 3